

Baden-Württemberg


DER JUSTIZMINISTER

Justizministerium Baden-Württemberg • Postfach 103461 • 70029 Stuttgart

Bundesinnungsverband
des Deutschen Kälteanlagenbauer-
handwerks
Bahnhofstraße 27
53721 Siegburg

Nachrichtlich:
Staatsministerium Baden-Württemberg
(zu Az. I 4421)

14. Februar 2013

 Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wohnungsvermittlung

Ihr an Herrn Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg gerichtetes Schreiben vom 14. Januar 2013

Sehr geehrter Herr Baumeister,

für Ihr an Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann gerichtetes Schreiben vom 14. Januar 2013 danke ich Ihnen. Es wurde zuständigkeitshalber an das Justizministerium weitergeleitet.

In Ihrem Schreiben sprechen Sie ein wesentliches, noch nicht gelöstes Problem des Gesetzentwurfs der Bundesregierung an. Wir haben schon zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz vom September 2012 auf die „Regressfalle“ hingewiesen, die Bauhandwerkern gegenüber den Baustofflieferanten nach geltendem Recht droht. Die im Referentenentwurf vorgesehene, auf Verbrauchergeschäfte beschränkte Regelung

Schillerplatz 4 • 70173 Stuttgart • Telefon 0711 279-0 • Telefax 0711 279-2264 • poststelle@jum.bwl.de

www.justiz.baden-wuerttemberg.de • www.service-bw.de

Parkmöglichkeiten: Tiefgarage Commerzbank Einfahrt Dorotheenstraße • VVS-Anschluss: U-Bahn: Schlossplatz S-Bahn: Stadtmitte

war unzureichend. Trotz dieses Hinweises schweigt sich der Gesetzentwurf der Bundesregierung zu dem bekannten Problem aus.

Das baden-württembergische Justizministerium hat sich im Rechtsausschuss des Bundesrates deshalb dafür eingesetzt, dass die berechtigten Interessen kleiner und mittelständischer Unternehmen angemessen berücksichtigt werden. Zu meiner Freude hat der Bundesrat Ihr Anliegen in der Folge in seiner Stellungnahme vom 1. Februar 2013 aufgegriffen (BR-Drucksache 817/12 Beschluss Ziff. 15). Ich hoffe, dass sich die Bundesregierung in ihrer Gegenäußerung der Problematik nun doch noch annimmt und der Deutsche Bundestag im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens eine interessengerechte Lösung findet.

Mit freundlichen Grüßen



Rainer Stickelberger MdL